

Warnungen vor einer Lohn-Preis-Spirale unbegründet



Warnstreik Anfang Juni 2022 in Eisenhüttenstadt (Foto: Volker Wartmann/IGM)

Seit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2009 kannten die Kurse an den Aktienmärkten nur einen Trend: steil aufwärts. Im Zuge sinkender Zinsen bejubelten Börsenspekulanten einen Kurs-Rekord nach dem anderen. Zugleich gerieten die Ökonomien der entwickelten kapitalistischen Länder unter Deflationsdruck, das Gespenst der Inflation, so schien es, hatte seinen Schrecken verloren.

Doch seit einigen Wochen bröckeln die Kurse an den Börsen, Inflations- und Rezessionsängste sind zurück auf der Tagesordnung der Wirtschafts-, Finanz-, Geld und Sozialpolitik. Für den Monat Mai 2022 vermeldete das Statistische Bundesamt eine Inflationsrate von 7,9% (Anstieg der

Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahresmonat).

Steigende Verbraucherpreise werden zu einer Herausforderung für die Gewerkschaften. In ihrer Lohnpolitik können sie nicht ignorieren, dass die abhängig Beschäftigten im Zuge steigender Lebensmittel- und Energiepreise sowie einer moderaten, beschäftigungs- wie stabilitätsorientierten Lohnpolitik der vergangenen Jahre von Reallohnverlusten betroffen sind. Gewerkschaftlich organisierte Lohnabhängige erwarten von den kommenden Tarifrunden einen Schutz vor Einkommensverlusten und eine Sicherung ihrer Kaufkraft.

Ebenso müssen die Gewerkschaften zur Kenntnis nehmen, dass viele Unternehmen trotz Krise und Unsicherheit wirtschaftlich noch immer sehr gut dastehen. Analysten prognostizieren für das abgelaufene Wirtschaftsjahr 2021 eine Rekord-Dividendenausschüttung durch die im DAX gelisteten Unternehmen in Höhe von 60,6 Mrd. Euro. Rund 40% mehr an Dividenden als im Jahr zuvor sollen Schätzungen zufolge an die Anleger*innen gehen. Zu den Großzahlern im Jahr 2022 gehören u. a. Mercedes-Benz (5,35 Mrd. Euro), Allianz (4,41 Mrd. Euro) und BMW (3,82 Mrd. Euro). 33 von 40 DAX-Mitgliedern zahlen mehr als im Vorjahr, Kürzungen gibt es 2022 keine.

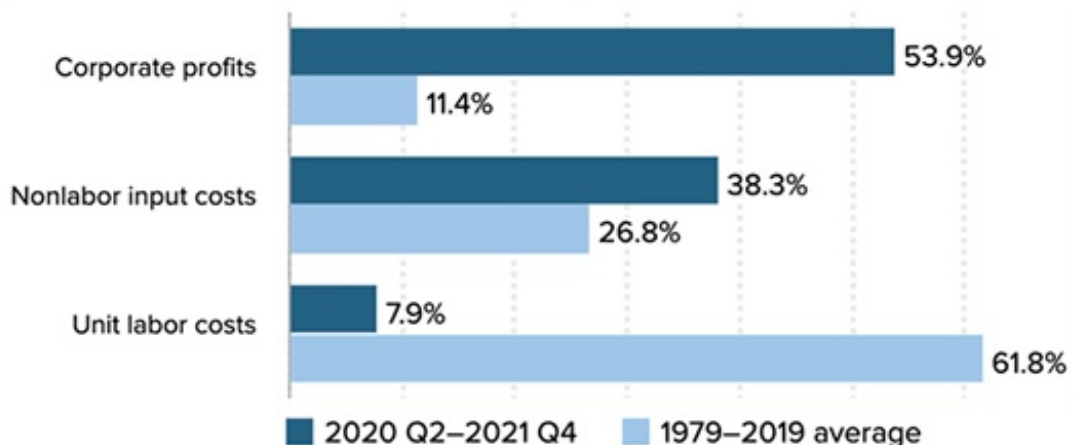
Trotz guter Gründe für kräftige Lohnforderungen zum Ausgleich für die Inflation warnen Arbeitgeber, Ökonomen und Kommentatoren der Wirtschaftspresse vor hohen Lohn- und Gehaltssteigerungen und der damit verbundenen Gefahr einer drohenden »Lohn-Preis-Spirale«. Nicht überraschend stieß die von Bundeskanzler Scholz angekündigte »gezielte Kraftanstrengung in einer außergewöhnlichen Situation, [...] eine konzertierte Aktion gegen den Preisdruck« bei den Arbeitgebern auf umgehende Zustimmung.

Aber ist eine solche Warnung begründet? Besteht die Gefahr, dass die Inflation durch die gewerkschaftliche Lohnpolitik weiter angeheizt wird? Mit diesen Fragen haben sich kürzlich Ökonom*innen auf beiden Seiten des Atlantiks befasst und die Ursachen für den anhaltenden Preisanstieg analysiert. Die Ergebnisse sind, gemessen an der aktuellen Diskussion in Deutschland, verblüffend.

Für die USA hat das Economic Policy Institute die Faktoren, die das Wachstum der Stückkosten zwischen 1979 und 2019 angetrieben haben, mit denen verglichen, die seit dem zweiten Quartal 2020 zur Inflation in den USA beitragen. Danach entfielen in den letzten Jahrzehnten 62% des Preisanstiegs auf die Lohnstückkosten (Löhne/Produktivität) und nur 11,4% auf die Unternehmensgewinne, während der Rest auf arbeitsfremde Inputkosten (wie Energie) entfiel.

Seit 2020 hat sich dieses Verhältnis grundlegend gewandelt. Seit dem COVID-Schock im Jahr 2020 machen die Löhne weniger als 8% des Preisanstiegs in den USA aus, während gestiegene Unternehmensgewinne für mehr als die Hälfte des Preisanstiegs verantwortlich sind (ca. 54%). Auf andere Inputkosten, vor allem Energie, entfielen 38%. Diese Daten stehen im Einklang mit der Entwicklung der Reallöhne (inflationsbereinigte Nominallöhne) in den USA, die seit 2021 gesunken sind.

Normal and recent contributions to growth in unit prices in the nonfinancial corporate sector



Source: Author's analysis of data from Table 1.15 from the National Income and Product Accounts (NIPA) of the Bureau of Economic Analysis (BEA). **Economic Policy Institute**

In der Eurozone zeigt sich ein ähnliches Bild. Auch hier sind die abhängig Beschäftigten mit Reallohnverlusten konfrontiert. Wie auch in den USA haben in der Euro-Zone steigende Stückgewinne seit 2021 einen weitaus größeren Beitrag zum Preisanstieg – der sich seit dem dritten Quartal 2021 in Europa massiv beschleunigte – geleistet als die Lohnstückkosten (gemessen am BIP-Inflator).

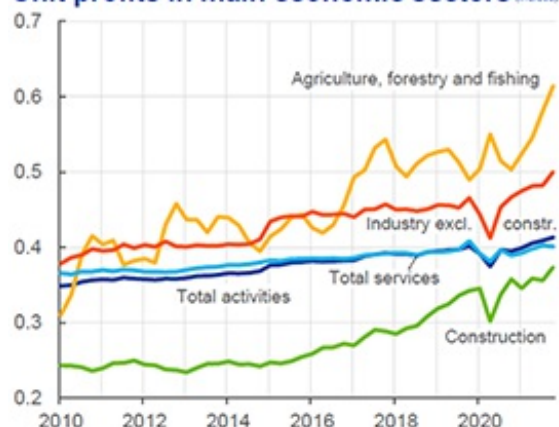
Jüngsten Untersuchungen von EZB-Mitarbeiter*innen zufolge waren viele europäische Unternehmen trotz steigender Energiepreise in der Lage, ihre Stückgewinne in einem Umfeld globaler Überschuss-Nachfrage zu erhöhen. Besonders robust erwiesen sich dabei Unternehmensprofite in Sektoren, die am stärksten von den globalen Bedingungen abhängig sind, wie der Industrie und der Agrarsektor.

Daten von den europäischen Finanzmärkten unterstreichen dies. Danach sind die gemeldeten Profite der im EURO STOXX gelisteten Unternehmen, einem Aktienindex, der sich aus 50 großen, börsennotierten Unternehmen der Euro-Zone zusammensetzt, so hoch wie nie zuvor. Viele Finanzmarkt-Analysten gehen davon aus, dass sie in den nächsten 12 bis 18 Monaten möglicherweise noch weiter gesteigert werden können.

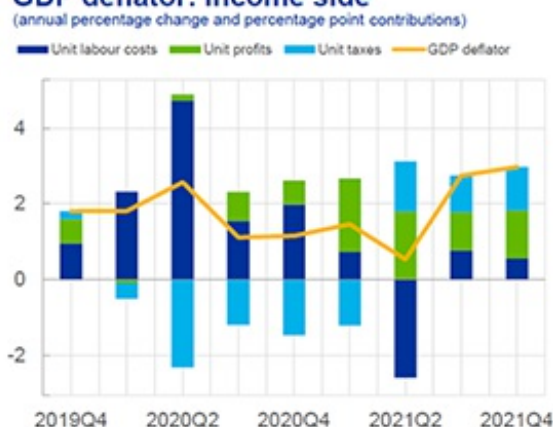
Euro-Zone: Nicht die Löhne, sondern die Gewinne trugen am meisten zur Inflation bei

Nicht ohne Grund betonte deshalb Isabel Schnabel, Mitglied des EZB-Direktoriums, kürzlich in einem Vortrag: »Bislang tragen die Arbeitnehmer die Hauptlast des Inflationsschocks, da das nominale Lohnwachstum gedämpft geblieben ist. Seit dem starken Anstieg der Inflation in der zweiten Jahreshälfte 2021 wurde nur eine relativ geringe Zahl von Lohnverträgen neu ausgehandelt. Die Stärke des Lohneffekts hängt von der relativen Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer ab.« Angesichts einer angespannten Arbeitsmarktsituation, in der Unternehmen offene Stellen vielfach nicht besetzen können, geht sie jedoch davon aus, dass die Verhandlungsmacht der Lohnabhängigen und ihrer Gewerkschaften wieder zunimmt.

Unit profits in main economic sectors (indices)



GDP deflator: income side



Quelle für beide Abbildungen: EZB

Bedeutet dies Hoffnung auf die Aussicht, dass sich das aktuelle Ungleichgewicht zwischen Lohn- und Profitentwicklung wieder zurück entwickelt? Ist es wahrscheinlich, dass wir in den nächsten Monaten eine Lohn-Preisspirale erleben werden, die die in den letzten Quartalen zu beobachtende Steigerung der Unternehmensprofite aufhält oder gar rückgängig macht?

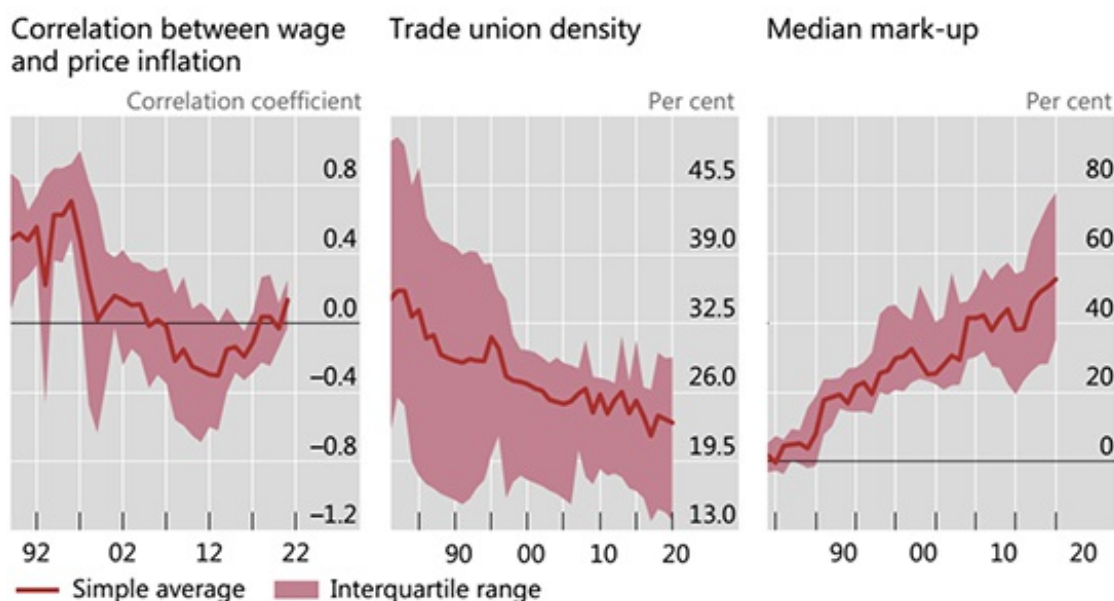
Ökonomen der BIZ haben sich mit diesen Fragen beschäftigt. In einem aktuellen Arbeitspapier mit dem Titel »Stehen die großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften am Rande einer Lohn-Preisspirale?« betonen sie, dass die weitere Entwicklung der Inflation und ihr mögliches Verharren auf einem dauerhaft höheren Niveau maßgeblich von den Entwicklungen auf den Arbeitsmärkten abhängt und davon, ob eine Lohn-Preis-Spirale entsteht.

Allerdings sind aus ihrer Sicht die Voraussetzungen für den Beginn einer Lohn-Preisspirale, nämlich anhaltende Nominallohnsteigerungen, die über Preissteigerungen und Produktivitätsgewinne hinaus gehen, trotz angespannter Arbeitsmärkte nicht gegeben. Ihre Analyse, die auf der Grundlage von Daten für zehn hochentwickelte kapitalistische Länder (BE, CA, DE, ES, FR, GB, IT, NL, PT und die USA) basiert, verweist zunächst darauf, dass die Korrelation zwischen Lohnwachstum und Inflation in den letzten Jahrzehnten zurückgegangen ist und sich derzeit auf einem historischen Tiefstand befindet.

Weiter heißt es in ihrer Analyse: »Auch institutionelle Veränderungen deuten auf ein Umfeld hin, das für Lohn-Preis-Spiralen weniger förderlich ist als in der Vergangenheit. In den letzten Jahrzehnten ist die kollektive Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer parallel zu den sinkenden Mitgliederzahlen der Gewerkschaften gesunken.« Zugleich hat die Preissetzungsmacht der Unternehmen, gemessen am Aufschlag der Preise auf die Kosten, einen historischen Höchststand erreicht, »während die Korrelation zwischen Lohn- und Preisinflation – die auf den ersten Blick ein Beweis für eine Lohn-Preis-Spirale wäre – auf Null gesunken oder sogar in den negativen Bereich gefallen ist.«

In diesem Zusammenhang stellen die BIZ- Ökonomen außerdem fest: »Klauseln zur Indexierungs- und Anpassung der Lebenshaltungskosten, die frühere Lohn-Preis-Spiralen angeheizt haben, sind weniger verbreitet.« Im Euroraum ist der Anteil der Beschäftigten in der Privatwirtschaft, deren Verträge eine formale Berücksichtigung der Inflation bei der Lohnfestsetzung vorsehen, von 24% im Jahr 2008 auf 16% im Jahr 2021 gesunken. In den Vereinigten Staaten schwankte ihr Anteil in den 1960er Jahren um die 25% und stieg während der Inflationsepisode Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre auf etwa 60%, ging aber bis Mitte der 1990er Jahre rasch auf 20 % zurück.

Der Gleichlauf von Lohn- und Preissteigerung war zuletzt eher gering



Quelle: BIZ

Der BIZ-Analyse zufolge steht auch nicht zu erwarten, dass die in mehreren Ländern erhobenen Forderungen nach umfangreichen Erhöhungen der Löhne im öffentlichen Sektor und der Mindestlöhne zu einer Lohn-Preis-Spirale beitragen. Bisher haben sie »noch nicht zu signifikanten tatsächlichen Erhöhungen dieser Löhne geführt. Mit Ausnahme von Deutschland sind die für 2022 geplanten Mindestlohnerhöhungen im Allgemeinen bescheiden und werden die Inflation nicht vollständig ausgleichen. Außerdem haben solche Erhöhungen in der Vergangenheit

nur begrenzte Auswirkungen auf andere Löhne gehabt.«

Roland Schneider lebt nach Tätigkeit in nationalen und internationalen Gewerkschaftsorganisationen in Düsseldorf und arbeitet in der Sozialistischen Studiengruppe (SOST) mit.

Quelle: https://www.sozialismus.de/kommentare_analysen/detail/artikel/warnungen-vor-einer-lohn-preis-spirale-unbegrundet/